

21/1997

Rentenreform '99 voll im Zeitplan

Das Bundeskabinett hat am 18. Juni 1997 den Gesetzentwurf für die Rentenreform 1999 beschlossen. Der Zeitplan sieht vor, daß das Reformgesetz noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Bundesarbeitsminister Blüm betonte noch einmal, daß es zu dieser Reform keine vernünftige Alternative gebe. Die Rentenversicherung müsse durch Strukturreform und Umfinanzierung entlastet werden. Der demographische Faktor, durch den die Rentenformel ergänzt wird, sei die einzig richtige Antwort auf die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung und auf die längere Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürger.

Die zusätzlichen Lasten werden gleichgewichtig auf jung und alt verteilt. Damit, so Bundesarbeitsminister Blüm, „bleiben wir auf der Spur der Rentenreform '92“.

„Die Reform ist fast ein Jahr lang gründlich und solide vorbereitet worden.“ Die SPD habe das Angebot der Koalition abgelehnt, über die vorliegenden Konzepte im Vorfeld der parlamentarischen Beratung zu verhandeln: „Die Reform muß kommen – am besten mit möglichst viel Übereinstimmung, aber notfalls auch ohne Konsens.“

Zur Rentenreform erklärt Generalsekretär Peter Hintze:

Die vom Kabinett beschlossene Rentenreform garantiert einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Norbert Blüm hat eine Konzeption vorgelegt, die der Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung voll gerecht wird. Rentensicherheit und Beitragsstabilität sind die Markenzeichen der Reform. Wenn die SPD nur einen Funken Verantwortungsbewußtsein in sich hat, dann darf sie sich nicht länger diesem Konzept widersetzen.

HEUTE AKTUELL

● Rentenreform

Vergleich der Vorschläge von Koalition und SPD.
Seite 2

Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik: Laufende Renten werden nicht gekürzt.
Seite 8

● Reformen

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl: Die Koalition geht konsequent den Weg ihrer Reformen.
Seite 10

● Klimagipfel

Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl und Wortlaut der Erklärung auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York.
Seite 10

● Transplantation

Organspende rettet Leben.
Seite 19

● Junge Union

Ausbildung schafft Zukunft.
Seite 22

● UiD Extra:

Anfragen zum Frauenquorum.
Weißer Teil

Vergleich der Vorschläge von Bundesregierung und SPD

Die SPD will lediglich neue Geldquellen anzapfen

Der Gesetzentwurf für die Rentenreform 1999 sieht eine Reform der Rentenversicherung innerhalb des Systems der lohn-, leistungs- und beitragsbezogenen Rente vor. Das Versicherungsprinzip wird gestärkt, ohne den Solidarausgleich in der Rentenversicherung aufzugeben. Die sozialen Risiken werden den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung sachgerecht zugeordnet. Die staatliche Mitverantwortung für diesen wichtigsten Zweig der Alterssicherung wird gestärkt.

Der Entwurf für das Rentenreformgesetz 1999 gibt eine schlüssige Antwort auf die demographischen Veränderungen, indem die Lasten gerecht auf alle Beteiligten, das heißt auf Beitragszahler und Rentner, verteilt werden. Dadurch wird der Anstieg der Renten abgeflacht. Gleichzeitig kann der

Beitragsatz zur Rentenversicherung langfristig gesenkt werden. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, sondern auch für mehr Arbeitsplätze.

Die SPD will keine Strukturreform, sondern lediglich neue Geldquellen anzapfen. Mit ihrem Konzept werden die Lasten einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebürdet. Denn der Vorschlag sieht geringere Beitragsentlastungen in der kurzen Frist und drastische Beitragsanhebungen in der mittleren Frist vor. Gleichzeitig sollen die Unfallversicherung, die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitgeber durch eine spezielle zusätzliche Abgabe an der Finanzierung der Rentenversicherung beteiligt werden. Die Folgen sind unverkennbar: Die hohen Lohnnebenkosten verhindern, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann.

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
1. Systementscheidung	– Reform innerhalb des Systems der lohn- und beitragsbezogenen Rente – Stärkung des Versicherungsprinzips – Beibehaltung des Umlageverfahrens	– Kein grundsätzlicher Systemwechsel – Beibehaltung der Lohn- und Beitragsbezogenheit, des Umlageverfahrens und der Nettolohndynamik
2. Ausdehnung des versicherten Personenkreises		– Selbständige – Häftige Beitragszahlung durch Auftraggeber für sogenannte Scheinselbständige

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
		– Geringfügig Beschäftigte – Langfristig Prüfung der Möglichkeit einer Mindestversicherungspflicht für alle Bürger – Langfristig Prüfung der Versicherungspflicht für Beamte
3. Lebensarbeitszeit	– Grundsätzliche Option einer Anhebung der Altersgrenzen – Abschlagsfreier Renteneintritt bei 45 Versicherungsjahren für Jahrgänge bis 1941 zu den 1996 geltenden Altersgrenzen – Stufenweise Anhebung der Altersgrenze für Schwerbehinderte ab dem Jahr 2000 auf 63 Jahre – Ab 2012 nur noch vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte	– Ab 1998: abschlagsfreier Renteneintritt bei vorgezogenen Altersgrenzen bis zum Jahr 2000; Erstattung der Kosten für die Altersrente für Arbeitslose durch die Bundesanstalt für Arbeit (Finanzierung aus Beiträgen und spezieller Arbeitgeberabgabe) – Ab 2001: schrittweise Erhöhung der vorgezogenen Altersgrenzen; Vorruhestandsregelung bzw. Altersübergangsgeld und Altersteilzeitförderung – Langfristig Möglichkeit zur Anhebung der Regelaltersgrenzen in Abhängigkeit von der Verlängerung der Lebenserwartung unter Beachtung der Arbeitsmarktlage
4. Änderung der Rentenformel	– Demographischer Faktor; langfristige Reduktion des Netto-Rentenniveaus auf 64 Prozent	– Keine Änderung der Rentenformel – Keine Senkung des Netto-Rentenniveaus auf unter 70 Prozent

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
5. Verstetigung des Beitragssatzes	– Erhöhung der Schwankungsreserve auf 1–1½ Monatsausgaben ab dem Jahr 2000	– Erhöhung der Schwankungsreserve auf mehr als 1 Monatsausgabe – Minderheitenvotum: Einrichtung eines zeitlich begrenzten „Vorsorgefonds“ zur Stabilisierung des Beitragssatzes auf tragbarem Niveau ab dem Jahr 2003; Auflösung ab dem Jahr 2020. Finanzierung des Fonds aus einem Vorsorgebeitrag i. H. v. 1 Prozent (Erwerbstätige) bzw. 0,73 Prozent (Rentner) und entsprechender Bundeszuschußerhöhung. Analog Vorsorgebeiträge in der Beamtenversorgung und der Alterssicherung der Landwirte
6. Umfinanzierung	– Ab 1999 Erhöhung des Bundeszuschusses, so daß der Beitragssatz einen Prozentpunkt niedriger als ansonsten erforderlich festgesetzt werden kann	– Erstattung der Ausgaben für Leistungen nach Fremdrentengesetz, für rentenrechtliche SED-Entschädigung und für Auffüllbeträge in den neuen Bundesländern durch den Bund ab 1998
7. Familienleistungen	– Additive Bewertung der Kindererziehungszeiten ab 1. Juli 1998 – Stufenweise Anhebung der Bewertung von Kindererziehungszeiten auf 100 Prozent des Durchschnittseinkommens zwischen	– Additive Bewertung der Kindererziehungszeiten – Anhebung der Bewertung von Kindererziehungszeiten auf 100 Prozent des Durchschnittseinkommens – Zahlung von Beiträgen während der Kinder-

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
	1. Juli 1998 und 1. Juli 2000 – Weitere Maßnahmen im Rahmen der geplanten Hinterbliebenenrentenreform	erziehung durch Bund; Reduktion des Bundeszuschusses um die zur Zeit darin enthaltenen Kindererziehungsleistungen (7,5 Milliarden Mark 1997) – Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen zu Dauerrecht und Verbesserung für Versicherte mit Kindern – Eigenständige Alterssicherung von Frauen über Rentensplitting (s. Punkt 8)
8. Hinterbliebenenversorgung	– Reform nach Vorlage des 1998 erwarteten Datmaterials	– Rentensplitting – Rentenansprüche i. H. v. 50 Prozent der während der Ehe gemeinsam erworbenen Anwartschaften – Witwen und Witwer erhalten zusätzlich 10 bis 30 Prozent des gemeinsamen Anspruchs aus der Ehezeit – Weiterhin Hinterbliebenenversorgung in bestimmten Fällen (z. B. Kindererziehung, Alter 55 bei Tod des Ehegatten, langjährige Nichterwerbstätigkeit) – Einführung einer steuerfinanzierten und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung im Alter

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
9. Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	– Keine arbeitsmarktbedingte Erwerbs-/Berufsunfähigkeitsrente (= abstrakte Betrachtungsweise) – Zusammenfassung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente zu einer zweistufigen Erwerbsminderungsrente mit hälftigem Rentenanspruch bei Restleistungsvermögen von 3 bis 6 Stunden – Prozentuale Abschläge bei Renteneintritt vor 65. Lebensjahr analog zur vorzeitigen Altersrente (maximal 18 Prozent)	– Erst nach Besserung der Arbeitsmarktsituation Einführung der abstrakten Betrachtungsweise und zweistufige Erwerbsminderungsrente – Langfristig Wegfall der Berufsunfähigkeitsrente – Weiterentwicklung des Rehabilitationsrechts, um Frühverrentung zu vermeiden – Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit bzw. der Unfallversicherung an den Kosten der Erwerbs-/Berufsunfähigkeitsrenten
10. Betriebliche Altersvorsorge	– Stufenweise Senkung der Unverfallbarkeitsfristen von zehn auf fünf Jahre – Stufenweise Senkung der Altersgrenze für Unverfallbarkeit der Anwartschaft von 35 auf 30 Jahre – Änderung der Anpassungsverpflichtung	keine Angaben
11. Private Altersvorsorge	– Ausdehnung der staatlichen Vermögensbildungsförderung auf Altersvorsorge – Weiterer Erörterungsbedarf im Rahmen der Gesamtkonzepte zur Steuer- und Rentenreform bzgl. steuerlicher Förderung	– Keine Verschärfung der Rentenbesteuerung – Progressionsvorbehalt für Renten

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
12. Verwaltungsfragen	– Beratung über mögliche Sozialhilfeansprüche durch die Rentenversicherungsträger – Erhöhte Transparenz der Rentenbescheide	keine Angaben
13. Harmonisierung der Alterssicherungssysteme	– Übertragung der Maßnahmen auf alle anderen öffentlich finanzierten Alterssicherungssysteme	– Übertragung der Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und der Reform der Altersversorgung von Frauen auf Versorgung der Beamten, Abgeordneten, Minister und Staatssekretäre – Neuregelung der Beamtenversorgung – Abschaffung der Befreiungsmöglichkeit für angestellte Angehörige freier Berufe – Angleichung der Alterssicherung der Landwirte an die gesetzliche Rentenversicherung
14. Weitere Maßnahmen	keine Angaben	– Wiedereinführung der durch Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) abgeschafften Anrechnungszeit für Arbeitslosigkeit und Krankheit – Anhebung der durch WFG gesenkten Anrechnungszeiten für Schul- und Berufsausbildung

	Entwurf des Rentenreformgesetzes 1999 vom 18. Juni 1997	Alterssicherungskommission der SPD vom 4. Mai 1997
15. Beitragssatzentwicklung (Schätzungen BMA)		
1999	19,4	k. A.
2000	19,6	18,2
2010	18,9	20,1
2015	19,2	k. A.
2020	20,2	21,8
2030	22,3	24,7

SPD sagt die Unwahrheit

Tatsache ist: Laufende Renten werden nicht gekürzt

Zum Beschluß des Bundeskabinetts zur Rentenreform 1999 erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz:

1. Mit dem Beschluß des Bundeskabinetts zur Rentenreform '99 vom 18. Juni 1997 werden die wesentlichen Eckpunkte des von der Präsidiumskommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ erarbeiteten und vom Bundesausschuß der CDU beschlossenen Konzepts für die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt.

2. Nicht zuletzt aufgrund des besonderen Einsatzes des Bundesarbeitsministers ist es gelungen, eine Reform im System durchzusetzen, bei der die Lohn-, Leistungs- und Beitragsbezogenheit der Renten, die im Umlageverfahren finanziert werden, beibehalten wird.

3. Der vom Kabinett beschlossene Gesetzentwurf zur Rentenreform '99 verteilt die Finanzierung der Renten gerecht auf alle Schultern.

Das Versicherungsprinzip wird gestärkt, ohne den Solidarausgleich in der Rentenversicherung aufzugeben.

4. Durch die vorgesehene Erhöhung des Bundeszuschusses wird die staatliche Mitverantwortung für die Alterssicherung weiter gestärkt. Zugleich wird die Gemeinschaft der Beitragszahler über den bisherigen Bundeszuschuß hinaus weiter von der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen entlastet.

Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Die stärkere steuerliche Inanspruchnahme des Verbrauchs ist ein geeignetes Instrument zur Refinanzierung dieses erhöhten Bundeszuschusses.

5. Durch den vorgelegten Gesetzentwurf werden die sich aus den demographischen Veränderungen ergebenden Belastungen auf alt und jung gleichgewichtig verteilt und eine Untergrenze für das Rentenniveau von 64 Prozent gesetzlich festgeschrieben. Es wird ebenfalls gesetzlich garantiert, daß wegen der Anwendung des Demographiefaktors keine negativen Renten Anpassungen erfolgen.

Damit ist sichergestellt, daß keine laufenden Renten gekürzt werden.

6. Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung hinsichtlich der vorgesehenen Veränderungen beim Recht der Renten wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit weitere Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, weil hier noch dringender Erörterungsbedarf besteht.

7. Wir bedauern, daß die SPD nicht bereit ist, entsprechend der bewährten Tradition der Vergangenheit in ergebnisorientierte Konsensgespräche über die Rentenreform einzutreten und statt dessen den so sensiblen Bereich der Alterssicherung zum Wahlkampfthema zu machen gedenkt. Mit solcherlei populistischen und rein wahltaktischen Überlegun-

gen beschädigt die SPD nicht nur die Rentenversicherung insgesamt und das Vertrauen der Bevölkerung in die Alterssicherung, sondern versucht zudem, bei mehr als 17 Millionen Rentnerinnen und Rentnern ungerechtfertigte Ängste zu schüren, um hieraus billigen Profit zu schlagen.

Dieses Kalkül der SPD wird nicht aufgehen und die Menschen in unserem Land werden erkennen, daß die SPD mit ihren Vorschlägen zur Reform der Rentenversicherung alle strukturellen Entlastungen verweigert und statt dessen nur neue Finanzierungsquellen zu Lasten der Jüngeren erschließen will.

8. Wir fordern die SPD auf, in der Öffentlichkeit nicht weiter die unwahre Behauptung aufzustellen, durch die Rentenreform '99 würden laufende Renten gekürzt.

Diese Behauptung ist falsch. Die Renten werden weiter steigen. Aus einer Netto-rente, die heute bei 2.000 DM liegt, wird bis zum Jahr 2030 bei einer jährlichen Lohnsteigerung von drei Prozent unter Anwendung des Demographiefaktors eine Rente von 4.310 DM, ohne den Demographiefaktor würde sie auf 4.544 DM steigen. Ebenso wird der aktuelle Rentenwert von heute 47,44 DM auf 103 DM im Jahr 2030 steigen, ohne den Demographiefaktor läge er bei 109 DM im Jahr 2030.

Diese Zahlen belegen, daß die SPD die Unwahrheit sagt, wenn sie von Rentenkürzungen spricht und damit Angst und Schrecken verbreitet.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a= dbp;
p= cdu; s= bund

Helmut Kohl in New York:

„Es geht um die Zukunft unseres Planeten“

Aus der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juni in New York hielt Bundeskanzler Helmut Kohl eine viel beachtete Rede. Er führte u. a. aus:

Am Ende dieses Jahrhunderts bieten sich der Menschheit epochale Chancen, von denen wir noch vor kurzem nicht zu träumen wagten.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat uns dem Frieden in der Welt ein großes Stück näher gebracht. Gleichzeitig ist weltweit das Bewußtsein dafür gewachsen, daß die Bewahrung der Schöpfung ebenso zu den großen Aufgaben der Völkergemeinschaft gehört wie die Sicherung des Friedens.

Auf dem Weg zu einer globalen Umweltpartnerschaft im 21. Jahrhundert war die Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro richtungsweisend. Manches wurde seither erreicht. Wahr ist aber auch, daß wir bis heute noch keine Umkehr der globalen Umweltbelastung erreichen konnten. Die Schicksalsfrage lautet: Wie können wir die natürlichen Lebensgrundlagen für eine wachsende Weltbevölkerung dauerhaft erhalten?

Angesichts knapper werdender Trinkwasserreserven, angesichts der Klimaveränderungen und der Ausbreitung der Wüsten stellt sich diese Frage mit zunehmender Dringlichkeit. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Wenn wir uns der Herausforderung nicht stellen, werden Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen immer wahrscheinlicher. Schon heute müssen viele Menschen

ihre Heimat verlassen, weil dort die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört sind.

Es gibt aber auch Entwicklungen, die Hoffnung machen: Wir verfügen heute über das Wissen und die Mittel, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit dauerhaft zu schützen. Wir können zum Beispiel durch Solarenergie und einen effektiven Energie-Einsatz praktischen Klimaschutz betreiben.

Gültig bleibt die Botschaft von Rio 1992. Umwelt und Entwicklung als Teile eines Ganzen zu betrachten und nach dieser Erkenntnis auch zu handeln. Auf der Suche nach Nahrung, Energie und Wohnung verbrauchen immer mehr Menschen natürliche Ressourcen schneller, als diese sich erneuern. Auch deshalb müssen wir die Armut in den Entwicklungsländern bekämpfen. Hier bleiben die Industrieländer aufgefördert, mit wirtschaftlichen Hilfen und moderner Technik einen Beitrag zu leisten. Dazu gehört auch, daß die Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung schaffen. Die Industrie- und Schwellenländer müssen dafür sorgen, daß ihr eigenes wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Zunahme der Umweltbelastungen einhergeht. Zahlreiche Beispiele belegen, daß eine Natur und Umwelt schonende Entwicklung der Wirtschaft keineswegs schadet, sondern ihr neue Impulse geben kann. Fünf Jahre nach Rio müssen hier in New York die Weichen für substantielle Fortschritte gestellt werden.

Auf folgenden zentralen Handlungsfeldern sehe ich die Notwendigkeit und die Chance, einen wichtigen Schritt voranzukommen:

1. Auf der Berliner Klimakonferenz im April 1995 wurde das Fundament für eine weltweite Vereinbarung zum Schutz des Klimas geschaffen.

Die Sondergeneralversammlung sollte die Klimakonferenz Ende dieses Jahres in Kyoto auffordern, international eine deutliche Verminderung der Emission von Treibhausgasen zu vereinbaren.

Die Industrieländer sollten sich dem erklärten Ziel der Europäischen Union anschließen, bis zum Jahre 2010 die Emissionen wichtiger Treibhausgase um 15 Prozent zu vermindern.

2. Die Zerstörung der Wälder, insbesondere der lebenswichtigen tropischen Regenwälder, geht weiter. Deshalb brauchen wir international verbindliche Vereinbarungen, die den Schutz und die schonende Nutzung der Wälder regeln.

3. Globaler Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung brauchen bei den Vereinten Nationen eine klare und laut vernehmbare Stimme.

Ich halte es daher für wichtig, kurzfristig die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Umwelt-Organisationen nachdrücklich zu verbessern. Mittelfristig sollte dies in die Gründung einer globalen Dachorganisation für Umweltfragen münden, die sich auf das Umweltprogramm der Vereinten Nationen als einen ihrer Hauptpfeiler stützt.

4. Das Ziel einer umweltspannenden Umweltpartnerschaft im kommenden Jahrhundert sollte auch in der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen. Häufig haben in der Vergangenheit Gegensätze zwischen Nord und Süd die Diskussion über den globalen Umweltschutz geprägt und Fortschritte erschwert. Daher habe ich mich zusammen mit Staatspräsident Cardoso aus Brasilien, dem südafrikanischen Vizepräsidenten Mbeki und Premierminister Chok Ton aus Singapur zu einer gemeinsamen Initiative entschlossen. Sie soll beispielhaft für die genannten Themenfelder aufzeigen, daß Nord und Süd bei dieser Schicksalsfrage der Menschheit gemeinsam vorgehen können.

Wir möchten mit unserem persönlichen Engagement dem weltweiten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung einen zusätzlichen Anstoß geben und damit zum Erfolg dieser Sondergeneralversammlung beitragen.

Fünf Jahre nach Rio und zwei Jahre nach Berlin richten heute überall in der Welt die Menschen hoffnungsvoll ihren Blick nach New York. Sie warten darauf, daß von hier aus erneut ein klares Signal des Aufbruchs für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgeht. Stellen wir uns dieser Herausforderung, helfen wir alle mit, daß diese Sondergeneralversammlung die Weichen stellt für den Frieden zwischen Mensch und Natur im 21. Jahrhundert.

Pressezitat

Die Umwelt als Wahlkampfthema? Kohl hat damit schon mal Erfolg gehabt. 1986, als er nach der Atom-Katastrophe von Tschernobyl den ersten Bundesumweltminister berief. Wallmann kam nicht weit über den Rang eines Ankündigungsministers hinaus. Aber entscheidend war: Kohl hatte das Feld besetzt, der politische Gegner war sprachlos. Die SPD, die damals in der Gunst des Publikums weit vorn gelegen hatte, geriet in die Defensive, verlor die Wahlen in Niedersachsen und später im Bund.

Globale Initiative für nachhaltige Entwicklung:

Aufrechterhaltung des Geistes von Rio und Herbeiführung der Bedingungen für eine Zukunft, die einer wachsenden Weltbevölkerung ausreichende Lebensgrundlagen bietet

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Deutschland; Präsident Fernando Henrique Cardoso, Brasilien; Vizepräsident Thabo M. Mbeki, Südafrika; Premierminister Goh Chok Tong, Singapur; anlässlich der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juni 1997 in New York

Einführung

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs Brasiliens, Deutschlands, Singapurs und Südafrikas, haben beschlossen, diese gemeinsame Initiative als Beitrag zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in die Wege zu leiten. Fünf Jahre sind seit dem historischen Gipfel von Rio vergangen. Obwohl seit Rio bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, bleibt noch viel zu tun. Armut und Umweltschäden beeinträchtigen noch immer das Leben von Millionen von Menschen in vielen Teilen der Welt. Die Erwärmung der Erdatmosphäre, der Verlust der biologischen Vielfalt, Wüstenbildung, Abholzung der Wälder, die Krisensituation in vielen unserer Städte erinnern uns tagtäglich an

die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir haben daher keinen Grund, selbstgefällig zu sein oder unbeschwert zu feiern. Die nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster stellen nach wie vor eine wesentliche Ursache für die weltweiten Umweltschäden dar. Es besteht aber auch kein Anlaß zum Pessimismus. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, uns den Geist von Rio ins Gedächtnis zu rufen, unsere Verpflichtungen zu bekräftigen und unsere Bemühungen um die Bewahrung der Schöpfung und eine nachhaltige Entwicklung zu verstärken.

Alle Staaten müssen zusammenarbeiten, um das Ökosystem der Erde zu schützen und ein internationales Wirtschaftsumfeld zu schaffen, das der Umsetzung der Agenda 21 förderlich ist. Den Staaten kommen dabei gemeinsame, unterschiedliche Verantwortlichkeiten zu. Die Industriestaaten tragen aufgrund ihrer wirtschaftlichen, technologischen und politischen Ressourcen eine besondere Verantwortung für die Lösung globaler Probleme.

Damit man diesen Herausforderungen gerecht werden kann, müssen sowohl aus einzelstaatlichen als auch aus internationalen Quellen ausreichende Finanzmittel für die Umsetzung der Agenda 21 zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt eine verstärkte bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit, einschl. Technologietransfer und private Investitionen voraus. Wir müssen die Wirksamkeit unserer Bemühungen erhöhen.

Ein gemeinsame Antwort

2. Den Vereinten Nationen als einer wirklich universalen internationalen Organisation kommt eine wichtige Rolle bei unseren Anstrengungen zu, der doppelten Herausforderung – nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz – gerecht zu werden. Die Charta der Vereinten Nationen sollte dahin gehend geändert werden, daß nachhaltige Entwicklung und in diesem Zusammenhang der Schutz der Umwelt als zwei weitere Ziele der Vereinten Nationen aufgenommen werden.

Kurzfristig sollte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen reformiert und gestärkt werden, damit es die Funktion eines internationalen „Umweltgewissens“ übernehmen kann. Mittelfristig sollte die Gründung einer globalen VN-Dachorganisation für Umweltfragen, die sich auf UNEP als einen ihrer Hauptpfeiler stützt, in Betracht gezogen werden.

Wir unterstützen den Vorschlag, daß die Kommission für nachhaltige Entwicklung auch künftig das führende Gremium für den Prozeß von Rio sein sollte. Der Generalsekretär sollte die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung bei seinen Bemühungen um die Umstrukturierung des VN-Sekretariats ebenfalls gebührend berücksichtigen.

Umsetzung der Übereinkünfte von Rio und globale Maßnahmen zum Schutz der Wälder

3. Wir betonen, daß die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen auf ihrer dritten Konferenz, im Dezember 1997 in Kyoto, ihre Verhandlungen über ein Protokoll zum Abschluß bringen müssen, das zur Verringerung der Treibhausgasemissionen führt.

Wir erwarten, daß die Sondergeneralversammlung die klare Aufforderung an die Konferenz richtet, ein Protokoll zu verab-

schieden, das die Industrieländer in rechtsverbindlicher Form verpflichtet, die Emissionen bestimmter Treibhausgase (Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid) gemeinsam um 15 Prozent bis zum Jahr 2010 und um 10 Prozent bis 2005 gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren. Die Länder können diese Verpflichtung sowohl einzeln als auch zusammen erfüllen. Dieses Protokoll sollte konkrete politische Vorgaben und Maßnahmen enthalten. Wir erkennen an, daß längerfristig weltweite Anstrengungen von allen Ländern im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten unternommen werden müssen, um schließlich das Ziel der Konvention zu erreichen.

4. Wir halten die Ratifikation des Übereinkommens über die biologische Vielfalt durch eine größere Anzahl von Staaten und seine uneingeschränkte Durchführung für unerlässlich. Wir müssen die derzeitige Arbeit an der Umsetzung einschließlich der Bewahrung traditionellen Wissens und der gleichberechtigten Nutzung der Erträge vorantreiben, sowie die Verhandlungen über das Protokoll über Sicherheit in der Biotechnologie zum Abschluß bringen. Ferner müssen wir damit beginnen, ein Netzwerk von Schutzgebieten aufzubauen, in denen die biologische Vielfalt besonders hoch ist. Zur Sicherung der Artenvielfalt sollten sich Schutz und nachhaltige Nutzung wechselseitig ergänzen.

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, das im Dezember 1996 in Kraft getreten ist.

5. Mit Blick auf die weltweit voranschreitende Abholzung und Schädigung der Wälder betonen wir darüber hinaus unser gemeinsames Anliegen, die Zukunft unserer Wälder zu sichern. Es ist dringend erforderlich, daß die Völkergemeinschaft eine gemeinsame Lösung für dieses Problem findet, um den sozialen, wirtschaft-

lichen, ökologischen und kulturellen Bedürfnissen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen gerecht werden zu können. Um eine Entscheidung vorzubereiten, wird die Sondergeneralversammlung die vom IPF und von der 5. CSD-Sitzung vorgelegten Optionen für weitere internationale Handlungen diskutieren müssen, einschließlich der Ausarbeitung einer globalen Waldkonvention. Wir rufen zur Umsetzung nationaler und internationaler Strategien für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung aller Wälder auf.

Neue Initiativen

6. Dekade der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Energie

Wir betonen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie für die effiziente Erzeugung und rationelle Nutzung von Energie sowie für die breitangelegte Einführung erneuerbarer Energiequellen, einschließlich Solarenergie und Biomasse. Wir ermutigen die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen, ihre Programme in diesem Bereich zu erweitern. Im Hinblick darauf, das internationale Bewußtsein für dieses wichtige Anliegen zu schärfen, empfehlen wir, die Jahre 2000 bis 2010 zur „Dekade der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Energie“ zu erklären.

Konferenz für nachhaltige Stadtentwicklung

7. Wir sind fest davon überzeugt, daß die internationale Staatengemeinschaft alles in ihren Kräften Stehende tun muß, um sicherzustellen, daß unsere städtische Siedlungspolitik nachhaltig ist, damit wir künftigen Generationen einen angemessenen Lebensstandard gewährleisten können. Im Jahre 2000 werden über drei Milliarden Menschen – also die Hälfte der Weltbevölkerung – in städtischen Siedlungsgebieten leben. Wir begrüßen daher

das Angebot der Bundesrepublik Deutschland, im Jahr 2000 eine internationale Konferenz in Berlin auszurichten, an der die Bürgermeister der 21 größten Megastädte der Welt sowie Vertreter einiger Städte und Gemeinden teilnehmen werden, die im Sinne der Agenda 21 als beispielhaft gelten können. Unsere Länder werden ferner eine Reihe regionaler Symposien abhalten oder unterstützen, um den Informationsaustausch sowie die Anwendung von Strategien und Modellen der nachhaltigen Stadtentwicklung zu erleichtern.

Für die städtische Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist die Verschmutzung der Umwelt häufig verbunden mit Armut und dem Fehlen eines angemessenen Zugangs zu einer sicheren Versorgung mit Trinkwasser, Abwasserreinigung und grundlegenden sanitären Diensten. Wir unterstützen einen internationalen Dialog über Frischwasser unter der Federführung der CSD.

Umweltverträglicher Verkehr

8. Wir stellen außerdem mit großer Besorgnis fest, daß verkehrsbedingte Emissionen auf der ganzen Welt drastisch zunehmen. Umweltverträgliche Transportmöglichkeiten sind für eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich. Wir erkennen an, daß so schnell wie möglich ein Ausstieg aus der Nutzung verbleiten Benzins erfolgen muß, das Angebot an alternativen Kraftstoffen aus erneuerbaren Ressourcen erhöht und Fahrzeugabgase soweit wie möglich reduziert werden müssen.

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung sollte die globalen Richtlinien für umweltverträgliche Transportmöglichkeiten unter anderem mit dem Ziel fördern, öffentliche Nahverkehrssysteme auszubauen und den Verkehr, wann immer möglich, von der Straße auf die Schiene und auf Wasserwege zu verlegen sowie unnötigen Verkehr zu vermeiden.

Anwendung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen

9. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung auch in vielen anderen Bereichen angewandt werden muß, die in diesem Dokument nicht hervorgehoben werden. Dazu zählt die notwendige Förderung beiderseits vorteilhafter Beziehungen zwischen Handel und Umwelt sowie der umweltverträgliche Tourismus. Ferner gehören dazu internationale Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt, darunter nachhaltige Fischerei, und globale Anstrengungen zum Schutz der Wasserressourcen, um die Grundbedürfnisse des Menschen decken und die Entwicklung von städtischen wie

auch von ländlichen Gebieten sicherstellen zu können.

Schlußfolgerungen

10. Wir vertreten vier Länder auf vier Kontinenten. Wir sind ein Mikrokosmos der Welt. Die Tatsache, daß es uns gelungen ist, eine Partnerschaft zu bilden, um diese gemeinsame Initiative auf den Weg zu bringen, ist ein gutes Omen für die Zukunft. Wir bitten alle unsere Partner auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen nachdrücklich, sich mit uns der großen Aufgabe anzuschließen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung zu sichern. Es geht um die Zukunft unseres Planeten und der Menschheit. Wir dürfen nicht scheitern.

Die Presse schreibt:

Umwelt-Gipfel Alle loben uns

Auf dem Umweltgipfel in New York haben alle Staaten anerkannt: Deutschland ist Musterschüler!

Lesen Sie, was sich um uns herum alles verbessert hat:

Gewässer

Viel sauberer!

Rhein und Donau haben Wasser-Gütekategorie „2“ (mäßig belastet). In Rhein und Elbe laichen Lachse.

Erst vor elf Jahren war der Rhein durch den Sandoz-Chemieunfall ökologisch tot. Schmutzig sind nur noch kleine Flüsse. Die Industrie leitet kaum noch ungefilterte Abwässer ein.

Luft

Wir atmen besser!

Die Schadstoffe (z. B. Schwermetalle)

gingen seit den 70ern um bis zu 80 Prozent zurück, weil alle Fabriken Industrie-Filter einbauen mußten.

Seit Bleibenzin nicht mehr verkauft wird, haben wir deutlich weniger Blei im Körper.

Ozon

Konzentration gesunken!

Die Belastung der Luft mit dem schlimmen Gas (macht den verheerenden Sommersmog) in der Spitze ist heute niedriger als 1990. 80 Prozent der Autos haben Kat, die Fabriken produzieren sauberer, fast alle Zapfpistolen an den Tankstellen sind mit Saugrüsseln ausgerüstet.

Müll

Wir sind Trenn-Weltmeister!

Heute gehen nur noch ca. 70 Prozent unsortierter Abfälle auf die Deponie oder in die Verbrennung. Der Rest kann recycelt werden, weil wir trennen und sammeln – Glas, Papier, Plastikbecher, Alufolien . . .

MdB Hans-Peter Repnik

Bedenken greifen zu kurz Unternehmer werden entlastet

Mit der weitreichenden Reform unseres Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts werden wir die niedrigsten Steuersätze seit Gründung der Bundesrepublik erreichen. Von vornherein war klar, daß niedrige Steuersätze ohne den Abbau steuerlicher Sonderregelungen nicht zu haben sein werden. Für die öffentlichen Haushalte wäre die drastische Tarifsenkung ohne Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziell überhaupt nicht tragbar. Das bedeutet aber, daß viele lieb gewonnene Vergünstigungen und Gestaltungsmöglichkeiten beseitigt werden müssen, und zwar in allen Einkunftsarten, bei Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit ebenso wie im Unternehmenssektor.

Die jetzt von Unternehmenseite geäußerten Bedenken gegen die im Finanzausschuß gefaßten Beschlüsse zur Steuerreform greifen daher zu kurz. Richtig ist: Im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf sind weitere Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vorgesehen. Trotzdem bleibt es bei der versprochenen Nettoentlastung. Hinzu kommt: Die Senkung der Steuersätze bedeutet eine definitive Entlastung für die Unternehmen. Die geplanten Änderungen der Vorschriften zur Gewinnermittlung dagegen bewirken in vielen Fällen nur eine zeitliche Lastverschiebung. Die Reduktion der degressiven Abschreibungssätze für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens beispielsweise führt zu niedrigeren

Abschreibungen in der Gegenwart und dafür höheren in der Zukunft. Sie sind deshalb qualitativ anders zu bewerten.

Die geplante Steuerreform darf zudem nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist eingebettet in das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“, das die Produktions-, Investitions- und Beschäftigungsbedingungen am Standort Deutschland umfassend verbessert und den Unternehmen bereits erhebliche Er-

Rahmenbedingungen für die Wirtschaft deutlich verbessert

leichterungen gebracht hat. Auch an die Nichterhebung der Vermögensteuer seit dem 1. Januar 1997 oder die vom Deutschen Bundestag bereits beschlossene Abschaffung der Gewerbesteuer und mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbebeertragsteuer zum 1. Januar 1998 muß in diesem Zusammenhang erinnert werden.

Die geplante Steuerreform wird die Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland durchgreifend verbessern. Die Wirkungen lassen sich für den einzelnen Arbeitnehmer und das einzelne Unternehmen im Vorhinein nicht in Mark und Pfennig ermitteln. Die Reform wird aber gerade auch den Unternehmen am Standort Deutschland zugute kommen und ihre mittelfristigen Gewinnaussichten weiter verbessern.

Friedrich Bohl:

Koalition geht konsequent den Weg ihrer Reformen

Die Aufforderung des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Dr. Peter Struck, der Bundeskanzler solle die Vertrauensfrage stellen, ist geradezu absurd. Sie entbehrt jeder Grundlage – und ist um so haltloser, als die Koalition in diesen Tagen demonstriert, daß sie ihre Politik der Reformen für Deutschland konsequent und geschlossen voranbringt.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Wachstums- und Beschäftigungsprogramm für das Jahr 1997 drei große innenpolitische Reformen vorgenommen: die Reform des Gesundheitswesens, die Reform der Alterssicherung und die Steuerreform.

Alle drei Reformprojekte sind auf gutem Weg. Nach dem Zeitplan der Regierungskoalition sollten die Gesetzentwürfe für die drei Reformen Anfang 1997 vorgelegt und Ende 1997 verabschiedet werden.

Auch wenn die SPD in diesen wichtigen Zukunftsfragen ihre konstruktive Mitarbeit verweigert, wird dieser Zeitplan eingehalten werden.

Das **Gesundheitsreformgesetz** ist mit der Kanzlermehrheit im Deutschen Bundestag gegen alle Widerstände durchgesetzt. Es wird pünktlich am 1. Juli 1997 in Kraft treten. Die Belastung der Beitragszahler wird begrenzt. Niemand wird unzumutbar belastet. Das international hohe Niveau des deutschen Gesundheitswesens bleibt erhalten.

Das Gesetz hätte schon deutlich früher verabschiedet werden können, wenn die SPD zu einer Mitwirkung bereit gewesen wäre. Statt dessen hat ihr Vorsitzender

Lafontaine – wie in so vielen anderen Zukunftsfragen – auf eine fundamentalistische Obstruktionsstrategie gesetzt. Die Blockadehaltung der SPD kann unabwendbare Reformen verzögern – auf Dauer verhindern kann sie sie nicht.

Auch die **Rentenreform** ist für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar. Hiermit trägt die Bundesregierung den dramatischen demographischen Veränderungen in unserem Land Rechnung. Immer mehr älteren Menschen steht eine abnehmende Zahl von Beitragszahlern in die Sozialversicherung gegenüber. Darauf müssen wir uns rechtzeitig einstellen, damit unser bewährtes System der sozialen Sicherung auch zukünftig auf einer stabilen Grundlage steht.

Es ist schlimm, daß die SPD auch in dieser zentralen gesellschaftlichen Frage ihre Mitarbeit versagt hat. Dies ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bisher sind alle die Rentenversicherung betreffenden Entscheidungen im Konsens gefallen. Die SPD wird ihre Verweigerungsstrategie auch hier nicht durchhalten können: Sowohl die jungen als auch die alten Menschen in unserem Land sind sehr viel problembewußter als die SPD annimmt.

Wenn die SPD einen „Rentenwahlkampf“ will, dann muß sie wissen, daß sie damit eine unverantwortliche Verunsicherung gerade der älteren Menschen erreicht.

Wenn die SPD gleichwohl bereit ist, die Rente zum Wahlkampfthema zu machen, dann wird die Koalition diese Auseinandersetzung mit ganzer Entschlossenheit und mit besten Argumenten – führen; die

SPD wird diese Auseinandersetzung nicht gewinnen.

Mit der großen **Steuerreform** hat die Bundesregierung ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt auf den Weg gebracht. Nach übereinstimmender Einschätzung von Investoren aus dem In- und Ausland wird sie maßgeblich zur Stärkung des Standorts Deutschland beitragen und einen kraftvollen Impuls für neue Arbeitsplätze geben.

Das Steuerpaket ist bereits im Finanzausschuß und im Plenum des Deutschen Bundestages beschlossen worden. Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß werden am 10. Juli 1997 beginnen.

Die SPD muß sich genau überlegen, ob sie auch hier ihre Verweigerungshaltung zu Lasten der arbeitsuchenden Menschen beibehalten will. Es handelt sich um eine Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit der SPD. Wer dieses Schlüsselprojekt für Wachstum und Beschäftigung blockiert, trägt die Verantwortung dafür, daß neue Arbeitsplätze in Deutschland nicht entstehen.

Wenn es nach dem Willen der Koalition geht, kann die Steuerreform bis Ende der parlamentarischen Sommerpause unter Dach und Fach sein. Die Koalition ist ausdrücklich bereit, auch während der Sommerpause jedes notwendige Gespräch zu führen, um zu guten Ergebnissen zu kommen.

Für den Bundeshaushalt 1997 wird die Bundesregierung mit einem Nachtragshaushalt die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Sie nimmt in diesem Jahr ausnahmsweise eine höhere Neuverschuldung in Kauf.

Der Haushalt 1998 wird sich unter Berücksichtigung von Artikel 115 GG klar im verfassungsmäßigen Rahmen halten. Die Koalitionsgespräche zur Aufstellung des Haushalts 1998 sind auf sehr gutem Wege. Es gibt einen zielgerichteten Fahrplan, um die noch offenen Fragen zu

klären. Der Zeitplan – am 10. Juli Beratungen in den Fraktionen, am 11. Juli Verabschiedung im Kabinett – wird eingehalten; bis dahin machen alle öffentlichen Spekulationen keinen Sinn.

Damit werden wir auch die Maastricht-Kriterien für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion erfüllen. Durch die zwischenzeitlich eingeleiteten Haushaltsmaßnahmen, u. a. im Bereich der Privatisierung, wird Deutschland auch das 3-Prozent-Kriterium sicher erreichen.

Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich die Einigung zwischen Bundesminister Waigel und Bundesbankpräsident Tietmeyer über die Neubewertung der Währungsreserven und die neue Kapitalstruktur der Bundesbank. Entgegen manchen Behauptungen dient die marktnähere Bewertung der Dollar-Reserven nicht dem Stopfen von Haushaltslöchern. Vielmehr sollen dadurch die historischen Erblasten der DDR (Erblastentilgungsfonds) vermindert werden.

SPD steht für Blockade

Dies alles zeigt: Die Koalition ist handlungsfähig und geht konsequent ihren Weg der Reformen. Auch gegen die Obstruktionshaltung der SPD nimmt sie sich entschlossen der Zukunftsfragen unseres Landes an und entscheidet. Daß in so schwierigen Phasen zwischen Koalitionpartnern auch hart um die richtigen Lösungen gerungen werden muß, ist nur allzu natürlich. Diese Sachdiskussionen haben den Willen der Koalition zum Erfolg aber nur gefestigt. Der Bundeskanzler ist fest entschlossen, mit der Koalition aus CDU/CSU und FDP unser Land fit zu machen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die Koalition steht für Reformen und Zukunft – die Opposition für Blockade, Verweigerung und eine Rückkehr zu den alten Rezepten von gestern.

Kanthers Pläne zur Beamtenversorgung:

Eine Lösung mit Augenmaß

Das Bundeskabinett hat am 18. Juni 1997 den von Bundesinnenminister Manfred Kanther vorgeschlagenen Eckpunkte zur weiteren Umsetzung des Versorgungsberichts zugestimmt. Das Bundesinnenministerium wird auf der Grundlage der Eckpunkten unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Manfred Kanther: „Die Alterssicherungssysteme weisen in Deutschland ebenso wie in anderen Industrieländern aufgrund der demographischen Entwicklung erheblichen Anpassungsbedarf auf. Die Entwicklung der Versorgungskosten im öffentlichen Dienst unterscheidet sich insoweit nicht grundlegend von der Problematik aller Versorgungssysteme. Sie wird jedoch zusätzlich durch den erheblichen Personalzuwachs geprägt, der in der Vergangenheit den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen an den Staat Rechnung trug.

Mit dem Versorgungsbericht der Bundesregierung liegt eine verlässliche Grundlage für die längerfristige Prognose des künftigen Anstiegs der Versorgungskosten vor. Es gilt, die künftige Entwicklung der Versorgungskosten durch Korrekturen im Versorgungssystem angemessen zu begrenzen, um die Belastungen der öffentlichen Haushalte erträglich zu halten.

Bereits bei der Vorstellung des Versorgungsberichts habe ich umfangreiche Vorschläge für Änderungen in der Beamtenversorgung und der Zusatzversorgung vorgelegt, mit denen der Kostenanstieg wirksam begrenzt werden kann. Darüber hinaus habe ich den Aufbau einer Versorgungsrücklage vorgeschlagen, die durch Einkommensverzicht der aktiven Mitarbeiter und Versorgungsberechtigten zur

Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten relativen Belastung gebildet wird. Dies führt zusätzlich zur Senkung sowohl des Besoldungs- als auch des Versorgungsniveaus.

Ein erheblicher Teil dieser Vorschläge ist bereits mit dem Dienstrechtsreformgesetz vom 24. Februar 1997 zeitnah umgesetzt worden. Mit den Maßnahmen des Reformgesetzes und der geringen Besoldungs- und Versorgungsanpassung 1996/1997 wird – bezogen auf den Maßnahmenkatalog des Versorgungsberichts – bereits mehr als die Hälfte (rd. 3,6 Milliarden DM) der für das Jahr 2008 angestrebten Versorgungskostenersparnis realisiert. Dazu kommen noch Einsparungen in der Besoldung.

Einem weiteren Gesetzgebungsverfahren zur Dämpfung der Versorgungskosten auf der Grundlage der Vorschläge des Versorgungsberichts werden die nachstehenden Eckpunkte zugrunde gelegt, die das Bundeskabinett heute zustimmend zur Kenntnis genommen hat:

- Bei der notwendigen **Reform des geltenden Zulagensystems** werden Stellenzulagen bei künftigen Bezügeerhöhungen nicht mehr automatisch angepaßt; deren Ruhegehaltfähigkeit entfällt. Zulagen, deren Berechtigung nicht mehr gegeben ist, werden gestrichen.

- Die im Vollzugsbereich geltenden **besonderen Altersgrenzen** sollen um 1 Jahr angehoben werden. Damit wird die Entscheidung, die in der allgemeinen Verwaltung bereits durch Anhebung der Antragsaltersgrenze auf 63 Jahre und das Vorziehen des Versorgungsabschlages erfolgt ist, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse auch im Vollzugsbereich getroffen.

2.500 neue Stellen im Daimler-Konzern

Der Daimler-Benz-Konzern stellt in diesem Jahr insgesamt knapp 2.500 zusätzliche Mitarbeiter ein. Allein in den Automobil-Werken Bremen, Sindelfingen und Untertürkheim sollen insgesamt 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sagte ein Sprecher. Grund sei der Erfolg neuer Produkte und Dienstleistungen sowie eine deutlich verbesserte internationale Wettbewerbsposition. Durch den Auftragsboom bei Airbus entstünden 430 neue Arbeitsplätze im Hamburger Dasa-

Werk Finkenwerder. Bei der Dienstleistungstochter debis sollen weitere 1.000 Mitarbeiter eingestellt werden.

3.300 neue Lehrstellen

Der Handelskonzern Metro will in diesem Jahr 10 Prozent mehr und damit insgesamt 3.300 neue Ausbildungsplätze anbieten. Gesucht würden weibliche und männliche Auszubildende für die Berufe Verkäufer, Fachverkäufer und Fleischer, Kaufmann im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel.

● Die **Bezüge des letzten Amtes** werden der Pension nur dann zugrunde gelegt, wenn der Beamte sie vor Versetzung in den Ruhestand drei statt bisher zwei Jahre lang bezogen hat.

● Die Anrechnung des **Hinzuverdienstes eines Ruhestandsbeamten** auf die Pension wird verschärft. Künftig werden bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres nicht nur Einkünfte aus einer weiteren Verwendung im öffentlichen Dienst, sondern auch Einkommen aus privater Berufstätigkeit berücksichtigt (in besonderem Maße bei dienstunfähigen Beamten).

● **Politische Beamte**, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, erhalten nur dann eine Versorgung auf Dauer, wenn sie wie alle Beamten eine fünfjährige Dienstzeit erfüllt haben. Andernfalls wird nur ein Übergangsgeld gewährt. Auf die Versorgung wird ein Hinzuverdienst nach den künftig allgemein geltenden, verschärften Regeln angerechnet. Darüber hinaus soll die Zahl der politischen Ämter verringert werden.

● Bisher ist der Beamte bei einer Einschränkung seiner Dienstfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen, wenn keine Möglichkeit einer vollen anderweitigen Ver-

wendung besteht. Die notwendige volle Nutzung der personellen Ressourcen erfordert eine Möglichkeit, eine verbleibende **Teildienstfähigkeit** dem Dienstherrn im Rahmen reduzierter Arbeitszeit weiter nutzbar zu machen.

● Mit Blick auf die gegenwärtig sehr gute Bewerberlage im öffentlichen Dienst werden für neueingestellte Anwärter die **Anwärterbezüge** um 5 v. H. abgesenkt.

● Zur Bewältigung der besonderen Altersversorgungsprobleme des öffentlichen Dienstes nach 2008 mit gesamtwirtschaftlichen Spitzenbelastungen in den Jahren 2020 bis 2022 muß der öffentliche Dienst einen eigenen, zur Struktur des öffentlichen Dienstrechts passenden Beitrag leisten. Zu diesem Zweck werden „**Versorgungsrücklagen**“ bei Bund und Ländern (unter Einbeziehung der Gemeinden) aus Eigenbeiträgen der Beamten gebildet. Diese Eigenbeiträge werden in der Weise erhoben, daß in den Jahren 2001 bis 2015 die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen um 0,2 Prozentpunkte geringer ausfallen als entsprechende Tarifierhöhungen und damit eine Rücklage von ca. 66 Mrd. DM entsteht, die anschließend die öffentlichen Kassen entlastet.“

Transplantationsgesetz: Organspende rettet Leben

Am vergangenen Mittwoch stand im Deutschen Bundestag die Verabschiedung des Transplantationsgesetzes auf der Tagesordnung. Im Verlauf der Debatte, in der verschiedene fraktionsübergreifende Anträge zur Abstimmung standen, ergriff auch CDU-Generalsekretär Peter Hintze das Wort. Er sprach zur Unterstützung der sogenannten „Erweiterten Zustimmungslösung“, wie sie von Bundesgesundheitsminister Seehofer und anderen vorgeschlagen worden war.

Wir beschäftigen uns in dieser Debatte mit einer Frage, die etwa 15.000 Menschen in Deutschland mit größerer Anspannung verfolgen als andere. Sie sind Wartepatienten zwischen Leben und Tod, für die ein Spenderorgan weiteres Leben und das Ausbleiben einer solchen Spende den Tod bedeutet. Darunter sind auch Hunderte von Eltern, die Angst um ihre schwerkranken Kinder haben und sich sehnlich wünschen, daß es ein Leben für ihre Kinder geben kann. Jeder, der heute hier zu entscheiden hat, sollte versuchen, sich einen Moment klarzumachen, was es bedeutet, wenn das eigene Leben – vom Tod bedroht – von einer Organspende abhinge.

Mich hat persönlich sehr stark die Schilderung einer Frau bewegt, die mir in einer Abgeordnetensprechstunde in Wuppertal vom Suizid ihres geliebten Mannes berichtete. Sie hat sich nach einem ruhigen Beratungsgespräch zur Organspende entschieden und findet heute den stärksten Trost über den Tod ihres Mannes in der Tatsache, daß ein anderer Mensch leben kann, weil das Organ ihres verstorbenen Mannes ihm dazu verholfen hat. Ich halte es für die wichtigste Aufgabe dieser Gesetzgebung,

die Hilfsbereitschaft und die Solidarität zu stärken und die Organspendebereitschaft zu fördern. Daß aus dem eigenen Tod oder dem Tod eines Angehörigen noch neue Lebenskraft für einen Menschen werden kann, die über mein eigenes Leben hinausreicht, ist vielleicht das Schönste, was es zu diesem Thema zu sagen gibt.

Die Gesetzgebung würde ihr Ziel verfehlen, wenn sie die Spendenbereitschaft nicht erhöht und die Rechtssicherheit nicht stärkt. Die Ärzte und Krankenschwestern sehen sich durch unsere Diskussion auf einmal in der Situation, sich für ihr Tun rechtfertigen zu müssen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle Ärzten und Schwestern für die lebenserleichternde und lebensrettende Arbeit danken, die sie im Rahmen der Transplantationsmedizin leisten.

Die Frage, wann der Mensch tot sei, stellt sich durch die Möglichkeiten der Intensivmedizin in neuer Weise. Mit Hilfe der Apparate ist es möglich, einzelne Organe vor dem Absterben zu bewahren, auch wenn das, was den Menschen ausmacht, nämlich die Einheit von Körper und Geist, von Leib und Seele, nicht mehr vorhanden ist. Zu welchem Zeitpunkt der Tod exakt eintritt, wann also die Verbindung von Geist und Körper aufgehoben wird und was dabei genau in uns vorgeht, das wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß mit der Diagnose des Hirntodes dieser Zeitpunkt, der Tod, bereits eingetreten ist.

Es geht bei unserer Frage nicht nur um die Medizin. Es geht auch um unser Verständnis vom Menschen. Die christliche Vorstellung von der Person sieht den untrennbaren Zusammenhang zwischen Körper und Geist. Oder anders gesagt: Das Metaphysische gibt es nicht ohne das Physische.

Neues Multimedia-Gesetz schafft mehr Rechtssicherheit

Der Bundestag hat am 13. Juni 1996 das Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (Multimedia-Gesetz) beschlossen. Das Gesetz schafft Sicherheit für die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Bundesrat wird höchstwahrscheinlich am 4. Juli 1997 zustimmen. Das Gesetz soll dann bereits am 1. August 1997 in Kraft treten.

Das Multimedia-Gesetz regelt alle Anforderungen in bezug auf die neuen Kommunikationsdienste, die Individual- oder reine Wirtschaftskommunikation sind. Das heißt beispielsweise Telebanking, Einkauf per Computer, Verkehrs-, Wetter-, Umwelt- und Börsendaten, Telearbeit, Telemedizin, Teleservice und Fernlernen sowie die Vermittlung zwischen Anbietern (Provider) und Nutzern solcher Dienste. Alles, was Massenkommunikation ist und damit dem Rundfunk zuzuordnen ist, wie Pay-TV und Abonnement-Fernsehen, wollen die Länder in einem Staatsvertrag gesondert regeln.

Ziele des neuen Multimedia-Gesetzes sind, Investitionssicherheit für Multimedia zu schaffen, Verbraucher und ihre Daten zu schützen und einen Beitrag zum Schutz

der Kinder und Jugendlichen und zum Ausschluß rechtswidriger Inhalte aus den Datenbahnen zu leisten.

Zentrale Punkte des neuen Gesetzes sind:

- Das Gesetz schafft Rechts- und Planungssicherheit für die Unternehmen und ihre Investitionsentscheidungen am Standort Deutschland.
- Das Gesetz macht die Bahn frei für Innovationen und neue Entwicklungen durch sein klares Bekenntnis zur Zugangsfreiheit. In Zukunft soll jeder ohne Zulassung elektronische Informations- und Kommunikationsdienste anbieten dürfen, der Gewerbeschein genügt.
- Das Gesetz schützt Kinder und Jugendliche: Was schwarz auf weiß strafbar ist, ist auch in Bits und Bytes verboten.
- Das Gesetz sorgt dafür, daß das Urheberrecht an die neuen technischen Gegebenheiten angepaßt wird.
- Das Gesetz schafft Schutz für persönliche und geschäftliche Daten. Mit den Regelungen zur digitalen Signatur ist Deutschland international Vorreiter für optimale Bedingungen für Online-Unternehmungen, bürgerfreundliche Verwaltung und private Kommunikation.

sche, den Geist nicht ohne das Gehirn. Die Konzeption von Seehofer wird auch aus rechtlicher Sicht den ethischen Erkenntnissen zu Leben und Tod gerecht. Sie bewahrt uns vor Unklarheit auf einem Gebiet, das nach höchster Klarheit verlangt. Sie sichert einen gewissenhaften Umgang mit diesem ernsten Thema. Sie schafft die Rechtssicherheit, auf die alle Beteiligten Anspruch haben.

Bei unserer Entscheidung müssen wir uns klarmachen, daß eine enge Zustimmungslösung die bisherige verantwortliche Praxis massiv einschränken und für viele Menschen, die auf Hilfe dringend angewiesen sind, das Todesurteil bedeuten würde. Bereits heute sind bei Lunge, Leber und Herz die Wartelisten deshalb so kurz, weil die auf Organe wartenden Patienten die Wartezeit nicht überleben.

„Heroin vom Staat“ wird es in Deutschland nicht geben

Der drogenpolitische Berichterstatter der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Hubert Hüppe, erklärt: Daß die FDP dem Projekt „Haschisch aus der Apotheke“ der rot-grünen Landesregierung von Schleswig-Holstein eine Absage erteilt hat, ist zu begrüßen. Richtig ist auch, wenn die FDP der Prävention eine Vorrangstellung beimißt und differenzierte Therapieangebote befürwortet.

Doch die Forderung der FDP, in Deutschland nach dem Vorbild der Schweiz eine staatliche Heroinabgabe einzurichten, findet die klare Ablehnung der CDU/CSU.

Mit einer Liberalisierung der Drogenpolitik werden Suchtverhalten und Drogenmißbrauch nicht zu bekämpfen sein. Heroin ist die Fessel im Teufelskreis der Sucht, nie aber das Seil ans rettende Ufer der Drogenfreiheit. Alle unsere Kraft muß der Prävention gelten und dem Ausstieg aus der Abhängigkeit.

Generalsekretär Peter Hintze zur Drogenpolitik

Die FDP-Veranstaltung hieß „Wege aus der Sucht“, aber gerade Heroinabgabe ist kein Weg aus der Sucht. Dies wird durch die bisher vorliegenden Ergebnisse des Schweizer Modellversuchs eindrucksvoll belegt.

Mehr als 60 Prozent der Teilnehmer am Schweizer Heroinprogramm traten „unmittelbar“ aus einem Methadon- in das Heroinprogramm über. Mit der Heroinab-

gabe wurde also eine Vielzahl von Personen aus einem Methadonprogramm herausgelockt, und nur 15 Prozent gingen wieder dorthin zurück.

Dem Schweizer Heroinprojekt ist es nicht gelungen, besonders verelendete langjährig Abhängige aufzufangen und sozial und gesundheitlich zu stabilisieren. Denn gerade „Teilnehmende in schlechtem gesundheitlichen Zustand und solche mit besonders langem Heroinkonsum“ haben das Programm wieder verlassen, so der jüngste Zwischenbericht im September 1996. Dies ist jedoch genau die Gruppe, auf die das Projekt ausgerichtet sein sollte. Von 317 Teilnehmern, die 1994 in das Programm kamen, hat es inzwischen jeder dritte wieder verlassen, ein Drittel davon zurück in die offene Szene.

Kein Rückgang der Kriminalität

Der Weg aus der Drogensucht, einst oberstes Ziel des Schweizer Heroinprojekts, ist praktisch aufgegeben. Denn Tatsache ist, daß von 317 Teilnehmern gerade sieben (2,2 Prozent) in eine drogenfreie Therapie wechselten, zwei weitere in ein abstinenzorientiertes Methadonprogramm, wobei über Verbleib oder Erfolg nichts bekannt ist.

Außerdem zeigt die jüngste Schweizer Kriminalstatistik, daß das laufende Modell staatlicher Heroinabgabe in der Schweiz wohl kaum zur Absenkung drogentypischer Kriminalität beiträgt – im Gegenteil. Einbruchsdelikte haben im Kanton Zürich 1996 um acht Prozent, Betäubungsmitteldelikte um 28,7 Prozent zugenommen, und die Polizei beschlagnahmte eine Rekordmenge von 279 kg Heroin. ■

Rüttgers-Appell:

Um jede Lehrstelle kämpfen

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, erklärt anlässlich des „Tags des Ausbildungsplatzes“:

Wir sind jetzt in der heißen Phase im Kampf um mehr Lehrstellen. An alle Politiker in Bund und Ländern, in Städten und Gemeinden appelliere ich, in die Betriebe zu gehen und um zusätzliche Lehrstellen zu werben. Ich habe selbst persönlich und in mehreren Briefaktionen für mehr Lehrstellen geworben. Es ist beachtlich, was durch gezielte Ansprache von Unternehmern, Chefs und selbständigen Handwerksmeistern vor Ort bewirkt werden kann. Da liegt noch Potential, daß jetzt unbedingt genutzt werden muß.

Ich fordere die Wirtschaft auf, durch Kontrollabfragen sicherzustellen, daß die Lehrstellenlücke bis September geschlossen werden kann. Ich fordere die Länder auf, endlich den zweiten Berufsschultag flächendeckend abzuschaffen. Ich fordere alle Betriebsräte auf, mit ihren Unternehmensleitungen Vereinbarungen für mehr Lehrstellen zu treffen. Und ich fordere die Kammern auf, die auszubildenden Betriebe von Gebühren zu entlasten.

Keine Lehrstelle blockieren

An die Jugendlichen appelliere ich: Nicht aufgeben, Augen und Ohren offenhalten und nicht auf die Traumlehrstelle um die Ecke warten. Jeder muß wissen: Wer zwei Lehrverträge unterschreibt, der nimmt der Klassenkameradin oder dem Klassenkameraden eine Lehrstelle weg. Keine Lehrstelle darf mehr durch Mehrfachbewerbungen blockiert werden! Es ist eine gute Nachricht, daß die Zahl der

bisher in diesem Jahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 3,6 Prozent im Bereich der Industrie- und Handelskammern angestiegen ist, wie der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstaates mitgeteilt hat. Wahr ist aber auch, daß die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Lehrstellen niedriger ist als im Vorjahr. Die Zahl der Jugendlichen, die in diesem Jahr eine Lehrstelle suchen, ist aber gegenüber dem Vorjahr um 13.000 angestiegen.

In den vergangenen Jahren sind viele Lehrstellen abgebaut worden; trotzdem haben wir im letzten Jahr den rechnerischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt – wenn auch knapp – geschafft. Das war möglich, weil wir von der Wirtschaft zu Recht beklagte Ausbildungshemmnisse weggeräumt haben. So haben wir das Jugendarbeitsschutzgesetz geändert – über eine Million Lehrlinge können jetzt nach der Berufsschule wieder in den Betrieb – und die Ausbildereignungsverordnungen geändert – in vielen Fällen eine Erleichterung für die Ausbilder.

Die Bundesregierung erhöht ihr Ausbildungsplatzangebot in der unmittelbaren Bundesverwaltung in diesem Jahr um 3,9 % gegenüber 1996. Für die jungen Menschen in Ostdeutschland haben wir gerade zusammen mit den neuen Ländern ein Programm für 15.000 zusätzliche Lehrstellen aufgelegt. Vor kurzem habe ich mit dem „Reformprojekt Berufliche Bildung“ aufgezeigt, wie wir das duale System fit machen für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Es steht unter drei Leitlinien:

Mitgliederboom bei CDU Schleswig-Flensburg

Über 100 neue Mitglieder in den ersten Monaten

Der CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg verzeichnet auch in den ersten Monaten des Jahres 1997 erneut einen kräftigen Mitgliederzuwachs. Bis Mitte Juni hätten insgesamt 102 Frauen und Männer ihren Beitritt zu den Christdemokraten erklärt, teilte der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen in Schleswig mit. „Damit liegen wir bei der Mitgliederwerbung ganz vorn“, sagte Börnsen.

Die positive Bilanz des Kreisverbandes habe auch dazu beigetragen, daß der Landesverband Schleswig-Holstein im Bundesvergleich gut abschneide, bestätigte dazu der neue Landesgeschäftsführer der CDU Schleswig-Holstein, Johann Wade-phul. In den zurückliegenden drei Jahren hat der Kreisverband den Beitritt von über 350 Neumitgliedern verbuchen können. „Unser Ziel ist es“, so

der Kreisvorsitzende, „am Ende des vierten Jahres den 500. CDU-Beitritt zu verzeichnen.“

„Wir freuen uns besonders“, so der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Carsten Thomsen-Bendixen, „daß viele der neuen Mitglieder jüngeren Alters sind.“ Dies zeige, daß die viel zitierte „Politikverdrossenheit“ der jungen Generation keinesfalls auf die gesamte Altersgruppe zutreffe.

Das Bekenntnis zur Union in politisch schwieriger Zeit zeige auch, daß viele junge Menschen bereit seien, Verantwortung zu übernehmen, hob Thomsen-Bendixen hervor. Kreisgeschäftsführer Carl Andresen kündigte an, daß der CDU-Kreisverband den neuen Mitgliedern eine Reihe von Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten werde. Dazu gehöre auch ein Neumitgliedertreffen, zu dem in Kürze eingeladen werde.

1. mehr Freiheiten für die ausbildenden Betriebe,
2. mehr Modularität und Flexibilität in den Ausbildungsgängen und
3. mehr qualifizierende Abschlüsse.

Mit der Modernisierung der Ausbildungsordnungen haben wir die größte Reformmaßnahme seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 angestoßen. In den letzten zwei Jahren haben wir insgesamt 23 neue Ausbildungsberufe ge-

schaffen und über 50 Ausbildungsordnungen modernisiert. Die Ausbildungsordnungen müssen flexibler werden und mehr auf die betrieblichen Bedürfnisse eingehen. Und wir brauchen neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischen Qualifikationen.

Jeder Jugendliche, der das will, muß auch in diesem Jahr ein Lehrstellenangebot erhalten. Wenn alle mit anpacken, können wir es wieder schaffen.

Junge Union startet Kampagne „Ausbildung schafft Zukunft“

Die Junge Union Deutschlands (JU) startet jetzt eine bundesweite „Ausbildungsinitiative“ unter dem Motto „Ausbildung schafft Zukunft“. Von den JU-Verbänden aller Ebenen werden bundesweit Seminare, Streitgespräche, Podiumsdiskussionen, Betriebsbesichtigungen, Workshops angeboten; U-Bahn-Hallen werden plakatiert sowie Aufkleber und Kleinwerbe-mittel verteilt.

Die JU will mit der Kampagne erreichen, daß die Wirtschaft ihre Lehrstellenzusage hält, die Politik richtige Rahmenbedingungen setzt, der Bildungsapparat moderner wird und daß die Jugend weiß, worauf es im Berufsleben in Zukunft ankommt.

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, fordert einen „Pakt für Ausbildung“. Der Grund: „Ausbildung ist Ausdruck gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Weitsicht sowie ein Wert, der über den Zusammenhalt einer Gesellschaft mitentscheidet. Die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt ist haarsträubend. Immer mehr Jugendliche suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz... Obwohl in gut zwei Monaten das neue Ausbildungsjahr beginne, seien bei 135.300 noch freien Lehrstellen 320.000 junge Menschen noch nicht untergebracht. Es dürfe nicht sein, daß sich fünf Jugendliche derzeit auf zwei Lehrstellen bewerben.

In diesem Jahr müssen insgesamt 630.000 junge Leute – 13.000 mehr als 1996 – in den Ausbildungsmarkt einsteigen, „doch trotz dieser großen Nachfrage halten Wirtschaft und Verwaltung schon

jetzt nicht stand“, so Escher. Von ihnen wurden bisher 28.000 Lehrstellen weniger angeboten als im Vorjahr. Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt ist folglich nicht in Sicht. Klaus Escher sagt: „Dabei hat der einzelne nur mit fundierter Ausbildung eine Chance, um bei über vier Millionen Arbeitslosen einen Job zu finden.“



Trotz eines deutschen Wirtschaftswachstums von zur Zeit etwa 2,5 Prozent steigen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Wenn auch in einer freiheitlichen Gesellschaft jeder seine Zukunft selbst gestalten kann und somit zunächst selbst für seine Beschäftigung verantwortlich ist, sind dem berufsunerfahrenen Jugend-

Mehr Flexibilität ist gefragt

Zu den Angriffen von IG-Metall-Chef Klaus Zwickel erklärt Generalsekretär Peter Hintze:

IG-Metall-Chef Zwickel beschädigt mit seiner einseitigen parteipolitischen Propaganda den Charakter der Einheitsgewerkschaft.

Seine Politik der stetigen Arbeitszeitverkürzung hat die Arbeit immer teurer gemacht und damit viele Arbeitsplätze verschwinden lassen. Diese falsche Entwicklung muß korrigiert werden. Wir brauchen ein investitionsfreundliches Klima, das neue Arbeitsplätze schafft. Mehr Flexibilität und die Dämpfung der Arbeitskosten sind dazu notwendig.

IG-Metall-Chef Zwickel sollte auf plumpe Polemik verzichten und statt dessen konstruktiv an der Sicherung des Standortes Deutschland mitarbeiten.

lichen die Hände gebunden. Die JU wundert nicht, daß Arbeitslosigkeit die Hauptsorge von 12- bis 24jährigen ist, wie in der 12. Shell-Jugendstudie festgestellt. Der JU-Vorsitzende: „Wenn ein junger Mensch den Start in sein Berufsleben verpaßt, weil er nach 300 Bewerbungen immer noch keine Jobzusage hat, ist nicht er selbst, sondern vor allem sind die Tarifpartner in der Verantwortung.“

Aus Sicht der JU müssen Schulen und Hochschulen endlich zukunftsfähig gestaltet werden. Dort müßten junge Menschen auf die Informations-, Medien-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vorbereitet werden. Sie müßten lernen, mit neuen Medien umzugehen und moderne Infodienste zu nutzen. Zudem müsse sich im Berufsbildungssystem niederschlagen, daß die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität weiter wachsen.

„Der europäische Binnenmarkt und der globale Wettbewerb sind Realitäten, die vom System der Berufsbildung aktiv aufgenommen werden müssen“, so die CDU/CSU-Jugendorganisation. Der Staat sei in der Sozialen Marktwirtschaft zuständig für die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen, für beschäftigungsför-

dernde Investitionen und die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher, die aus eigener Kraft im Leistungswettbewerb nicht bestehen könnten. Escher:

„Vor allem sind aber die Träger der Wirtschaftspolitik, die Tarifpartner und die Wirtschaft selbst aufgefordert, für Beschäftigung und Ausbildung zu sorgen.“

Das vom Deutschlandrat der JU beschlossene Papier „Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Qualifizierung fördern“ kann in der JU-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Betrifft: Dokumentation

In der Dokumentation „Mehr Steuern - weniger Arbeitsplätze“ Uid 20/97 sind bei der tabellarischen Zusammenstellung der Vergleichskapitel aus drucktechnischen Gründen einige irreführenden Zuordnungen vorgenommen worden. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir deshalb die Dokumentation noch einmal, diesmal mit der richtigen Zuordnung der Kapitel.

Die Redaktion

Führungswechsel an der Spitze

Roland Koch löst Kanther ab

Vor Präsidium, Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden seiner Partei hat der CDU-Landesvorsitzende, Bundesinnenminister Manfred Kanther, den Fraktionschef der CDU im Hessischen Landtag, Roland Koch, als Spitzenkandidat für die Landtagswahl Anfang 1999 vorgeschlagen. Koch habe die oppositionelle Arbeit gegen die schwache rot-grüne Landesregierung in Hessen so offensiv und erfolgreich geführt, daß er auch als Herausforderer von Ministerpräsident Eichel (SPD) die Union im Februar 1999 kämpferisch durchs Ziel steuern werde, begründete Kanther seinen Vorstoß.

Um erfolgreich sein zu können, sei es erforderlich, daß Roland Koch bei der nächsten turnusmäßigen Neuwahl des Landesvorstandes im Januar 1998 auch den Landesvorsitz der CDU Hessen übernehme, um alle Kräfte der Partei eindrucksvoll zu bündeln. Die Vorbereitung der Landtagswahl aus der Opposition heraus erfordere einen langen Atem und ein völlig eindeutiges Führungsbild; sie müsse sofort unter der Leitung Kochs beginnen. Gleichzeitig ergebe sich mit der Übernahme der Spitzenverantwortung durch Koch jene langfristige Perspektive für eine entschlossene, zielstrebige Landespolitik, die die hessische CDU seit Jahrzehnten auszeichne.

Nach 27 Jahren im Führungskreis seiner Landespartei sieht Kanther seine zukünftigen Aufgaben in der Erfüllung des schwierigen Amtes des Bundesinnenministers und im Präsidium der Bundes-CDU. Die zeitlich eng miteinander verbundenen Wahlen zum Bundestag und zum Hessischen Landtag bedeuten für ihn „zwei harte Nüsse, die Roland Koch

und ich gemeinsam knacken wollen und können“.

Präsidium und Landesvorstand der hessischen CDU haben den Vorschlägen Kanthers zugestimmt und Koch aufgefordert, sich auf dem nächsten Landesparteitag am 24. Januar 1998 als Vorsitzender



Roland Koch

zur Wahl zu stellen. Auf einer Landesauschusssitzung nach der Sommerpause soll er außerdem erste Eckpunkte für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Landtagswahl vorlegen, die insbesondere in das Umfeld der kurz zuvor stattfindenden Bundestagswahl im Herbst 1998 eingepaßt werden müßten. „Erst im Bund und gleich darauf im Land gewinnen, so stellt sich die Hessen-CDU entschlossen und in immer wieder bestätigter Gemeinsamkeit der Zukunft“, faßte Manfred Kanther das Beratungsergebnis der CDU-Landesspitze zusammen.

Christian Wulff Spitzenkandidat für die Landtagswahl

Die Niedersachsen-CDU hat auf ihrem Landesparteitag am 20./21. Juni in Oldenburg mit 97,2 Prozent den Landesvorsitzenden Christian Wulff zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 1. März 1998 bestimmt. Von 429 Delegierten votierten 411 für Wulff, zwölf stimmten mit Nein, sechs enthielten sich der Stimme. In einer kämpferischen Rede untermauerte Wulff den Willen der CDU, nach dem 1. März die Regierung in Niedersachsen zu stellen.

„Die Zeit der Schwätzer und Wichtigtuer ist vorbei und wird am 1. März 1998 zu Ende gehen.“ Mit dieser Feststellung stimmte Christian Wulff, Vorsitzender der Niedersachsen-CDU und Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag, die Delegierten des Landesparteitages in Oldenburg auf die Landtagswahlen am 1. März 1998 ein.

„Wer dieses Land in eine aussichtsreiche Zukunft führen will, der muß dicke Bretter bohren, handeln und Widerstände überwinden und nicht, wie Schröder und Co., durch Talkshows jetten“, rief Wulff dem Parteitag zu. In seiner programmatischen Rede, die immer wieder von spontanem Beifall unterbrochen wurde, forderte der Landesvorsitzende eine „98er-Bewegung“, die sich von der verhängnisvollen Politik der „68er“ in der SPD in der Hinsicht unterscheidet, daß wieder Verantwortung und Augenmaß für das Land Niedersachsen bewiesen werde. „Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft, die wieder auf Leistung aufbaut und nicht eine sozialistische Neidgesellschaft, die sich durch ihr selbst aufgebautes Anspruchsgebirge blockiere“, unterstrich der Oppositionsführer.

Wulff kündigte ein 100-Tage-Programm an, das direkt nach der Übernahme der Regierung in Niedersachsen umgesetzt werden solle. Dieses Programm sieht unter anderem die Abschaffung überflüssiger bürokratischer Ebenen, die drastische Verkleinerung von Bezirksregierungen, eine Durch-



Christian Wulff

forstung unsinniger Gesetze und Verordnungen, Bereitstellung von mehr Risikokapital für Unternehmensgründer vor.

„Die Schröder-Regierung hinterläßt nach acht Jahren desaströser Politik nichts außer Schulden, Arbeitslosigkeit in Rekordhöhe und eine ruinierte Wirtschafts- und Bildungslandschaft“, geißelte Wulff die Politik der SPD. Das Land Niedersachsen sei durch diese Politik am Scheideweg und vor seine Existenzfrage gestellt. „Wir müssen heute sehen, was wir morgen brauchen“, erklärte der Landesvorsitzende.

Gleichzeitig forderte Wulff den Abbau von niedersächsischen Sonderbelastungen der Wirtschaft, die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, effektive Bündnisse für Arbeit, die Sicherstellung der schulischen und beruflichen Ausbildungschancen der Jugend, ein Polizeigesetz und eine Polizeireform zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit.

Bereits zu Beginn des Parteitages zeigte sich Wulff hinsichtlich der Chancen der CDU zuversichtlich: „Wenn jeder Kandidat der letztjährigen Kommunalwahlen es schafft, 100 Bürger an die Wahlurnen zu bringen, dann werden wir die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen erringen.“ Die gesamte Niedersachsen-CDU sei gefordert, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Die Unterstützung der Bundes-CDU sicherte Generalsekretär Peter Hintze den

Delegierten des Landesparteitages zu. „Wir werden die Auseinandersetzung mit Schröder früh beginnen, in der Sache hart führen und mit großem Erfolg beenden“, zeigte sich Hintze sicher. Hintze betonte zudem, daß sich die Bundes-CDU den Landtagswahlkampf in Niedersachsen zur ureigenen Sache machen werde und die Niedersachsen-CDU entsprechende Unterstützung durch die Bundesebene erhalten werde. Man müsse die Menschen, so der Generalsekretär weiter, dazu bringen, genau hinzuschauen, um die Wahrheit über Schröder zu erkennen, der alles verspreche, aber nichts halte und sich durch seine Prinzipienlosigkeit auszeichne. „Dagegen steht Christian Wulff für Kompetenz, Sympathie und Integrität – ehrlich, mutig, klar“, betonte Peter Hintze.

Neuer Bundesvorsitzender der Schüler Union

Bei der Bundesschülertagung der Schüler Union (SU) in Kassel wurde der baden-württembergische SU-Landesvorsitzende Christian Jung aus Neckargemünd zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Der Abiturient setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen Marian Zachow (Kassel) durch. Stellvertreter wurden Christian Rütz (Düsseldorf) und Michael Schnirch (Nürnberg). Beisitzer wurden Jane Zeller (Saarbrücken) und Matthias Podzuhn (Weißenthurm).

Bei dem Treffen der größten europäischen Schülerorganisation wurde zudem das 25. Jubiläum der Schüler Union gefeiert, die 1972 in Bad Godesberg gegründet worden war.

Christian Jung kündigte an, daß die Schüler Union die Bildungspolitik der CDU in den Bundesländern kritisch begleiten werde. Die Schüler Union werde auch mit bundesweiten Aktionen und Veranstaltungen auf die katastrophalen Folgen der Schulpolitik in den SPD-regierten Bundesländern aufmerksam machen.

Themen wie der Einsatz von Multimedia in der Schule, die Steigerung von Kreativität im Unterricht, die Gefährdung von Psychoorganisationen wie Scientology und der verstärkte Konsum von Drogen würden in Zukunft verstärkt von der Schüler Union aufgegriffen werden. Der Schüler Union werde im nächsten Schuljahr außerdem eine bundesweite Neugründungsoffensive starten.



▲ CDU-Speedy-Atlas

sehr klein und doch ein kompletter Straßenatlas für Deutschland und Europa. Handlich und übersichtlich, bietet er sich an als ständiger Begleiter vor und auf jeder Reise.

Gegliedert in drei verschiedenen Rubriken enthält der neue Speedy-Atlas nicht nur den Kartenteil von Deutschland und Europa, sondern auch die Durchfahrtspläne wichtiger Ballungszentren und Großstädte in dem besonders übersichtlichen Maßstab 1:100.000.

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,70 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

Neu im Angebot

Tagungsmappen der Frauen-Union

Ansprechend gestaltete Tagungsmappen der Frauen-Union für Neumitgliedertreffen, Seminare, Mitgliederversammlungen, Landestagungen etc. sind jetzt verfügbar.

Preis: 25 Stück – 32,50 DM inkl. MwSt. zzgl. Porto.

Zu bestellen bei:

Union

**Betriebs-Gesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn**

Tel.: 02 28-53 07-0

Fax: 02 28-53 07-118

Telefon Vertrieb:

02 28-53 07-189



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

„Schöne Ferien“, ►

Poster DIN A1

Bestell-Nr.: 9260

Verpackungseinheit:

50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 32,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand



UiD

21/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.